

Was kommt nach Johnson?

Aufgaben eines neuen USA-Präsidenten

„*The end of either/or*“ — mit dieser Forderung hatte *McGeorge Bundy*, der Berater Präsident Johnsons für nationale Sicherheitsfragen, zu Beginn des Jahres 1967 in der Zeitschrift „*Foreign Affairs*“ die zukünftige amerikanische Politik zu charakterisieren versucht: das Ende der traditionellen amerikanischen Politik, die sich entweder nur innenpolitischen Belangen zuwendet oder im messianisch-demokratischen Sendungsbewußtsein auswärtige Engagements erfüllt. Präsident *Johnson* hat versucht, diesen neuen Weg zu gehen, hat „*guns and butter*“ zu seiner Parole gemacht und dem amerikanischen Volk den Sieg in Vietnam und die Errungenschaften der „*Great Society*“ verheißen. Er hat immer wieder betont, die amerikanische Nation könne beides, und sie habe als erste Weltmacht auch die Verpflichtung, beiden Aufgaben gerecht zu werden: daß der amerikanische Traum einer heilen Gesellschaft endlich Gestalt annehme, und daß die übrige Welt, besonders die Nationen der „Dritten Welt“, nicht irre würden an der Unverbrüchlichkeit amerikanischer Beistandsversprechen.

Auch wenn Präsident Johnson noch so eindringlich von den unerschöpften Möglichkeiten dieser Nation sprach, von ihren Reichtümern und ungenutzten Energien, so vermochte er doch eines nicht: den erforderlichen politischen Willen zur „Beendigung des Entweder/Oder“ zu erzeugen, weil er nicht über die politische Inspiration verfügte, weil der zündende Funke vom Herr im Weißen Haus nicht auf das Volk übersprang — oder auch nicht überspringen konnte. Denn der Traum des Amerikaners ist seit eh und je die Erfüllung seiner Hoffnungen, die er mit diesem Land verbindet; er ist innenpolitischer Natur. Nur in ernsten Zeiten politischer Bedrängnis, im Falle von Pearl Harbour etwa, ist es möglich, daß die amerikanische Nation die innenpolitischen Prioritäten außer acht läßt und auswärtige Engagements — auf Zeit — eingeht.

Vietnam aber wird in der breiten amerikanischen Öffentlichkeit nicht als unmittelbare Bedrohung der amerikanischen Sicherheit empfunden, obwohl die Administration diese Begründung immer wieder zur Rechtfertigung bemühte. Der Pazifik ist für diese Nation noch immer ein trennendes Meer und kein Binnengewässer — weit weniger als der Atlantik, der aber trotz verkürzter Flugzeiten auch wieder größer zu werden scheint. Lyndon B. Johnson, der als Präsident des Friedens, der allgemeinen Übereinstimmung in die amerikanische Geschichte eingehen wollte, hat diese Grundgegebenheiten der inneren politischen Verfassung Amerikas nicht wahrhaben wollen. Er hat sie ignoriert — und er hat am 31. März mit dem Verzicht auf eine zweite Kandidatur die Konsequenzen gezogen.

Es ist die Tragik dieses Mannes, daß er von dem Wesentlichen, das er für Amerika und die Welt erreichen wollte, das Gegenteil erreichte und seine Amtszeit nicht in ruhigere Zeiten fiel. Unter seiner auslaufenden Präsidentschaft, zu Beginn des amerikanischen Wahljahrs, bietet dieses Land einen bizarren, ungewohnten Anblick. Das Land selbst ist tief über Sinn und Zweck des Vietnam-Engagements gespalten, nach einer der letzten Umfragen fast zu gleichen Teilen in „Tauben“ und „Falken“. Die Verfremdungserscheinungen in der amerikanischen Öffentlichkeit haben einen beängstigenden Grad erreicht. Haß, Unverständnis und Mißgunst, Radikalisierung und Gewalt haben den Mechanismus des politischen Lebens gelähmt. Die zentrifugalen Kräfte beherrschen in ungewohnter Weise die Szenerie, die divergierenden Elemente bestimmen das Gesetz des Handelns mit all den verderblichen Folgen einer zunehmenden Polarisierung, ja, das verfassungsmäßige System der „*checks and balances*“ ist nahezu außer Kraft gesetzt. Sogar der Kongreß versucht, wo er nur kann, dem Präsidenten heimzuzahlen: er kürzte das Auslandhilfeprogramm und die Sozialausgaben, er boykottierte wochenlang die Bürgerrechtsvorlage und ließ die fällige Steuererhöhung neun lange Monate in den Schubladen des Fachausschusses verstauben. Der Dialog zwischen Regierung und Kongreß findet kaum noch statt, man redet aneinander vorbei, oder man weigert sich, wie neulich Außenminister *Dean Rusk*, zum Thema Außenpolitik (Vietnam) überhaupt noch vor dem zuständigen Senatskomitee Senator *Fulbrights* auszusagen, weil es ohnehin zwecklos sei — was *Louis Heren* von der Londoner „*Times*“ zu dem lakonischen Vorschlag bewegte: man solle es doch in Zukunft einmal mit einem Schweizer Mittelsmann versuchen.

*

Die Regierung mochte ihre Vietnampolitik rechtfertigen oder zu erklären versuchen, wie immer sie wollte, viele glaubten es ihr nicht, gleichgültig, ob als „Eindämmung von China“, als „Einlösung des SEATO-Vertragsversprechens“ oder als „Einstehen für das Selbstbestimmungsrecht“, als „Garantie der Unabhängigkeit Südvietnams“ — nichts an diesen ideologischen Floskeln wollte mehr recht überzeugen. Im Gegenteil, Senator *Symington*, Missouri, und nach ihm andere Senatoren, Abgeordnete, Publizisten und achtbare Männer in der Öffentlichkeit warfen das harte Wort von dem „amerikanischen Über-Engagement“ in die Debatte: Europa, Vietnam, die Hilfeleistungen für die unterentwickelten Länder und all die vielen, ungelösten Probleme an der Heimatfront — das sei auch für die USA einfach zuviel, „ein Krieg zuviel“, wie der Senior-Kritiker *Walter Lippmann* meinte. „Tauben“ und „Falken“ machten sich indes dieses eingängige Wort vom „*overcommitment*“ zu eigen, freilich jeder auf seine Weise: Man solle Verhandlungen anstreben, da der Krieg ohnehin nicht zu gewinnen sei, meinten die „Tauben“; und die „Falken“ schlugen vor, es mit erhöhtem militärischem Einsatz zu versuchen. Jedenfalls geriet der Doppelkurs der Administration: ständige Friedensbereitschaft und notfalls militärische Eskalation, immer mehr bei beiden Seiten ins Zwielficht. Senator *Mansfield*, der Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, unternahm schon vor Jahresfrist den Versuch, das Problem des „Über-Engagements“ auf seine Weise zu lösen. Er schlug als Ausweg vor — darin folgten ihm 44 Senatoren —, das europäische Engagement entsprechend zu reduzieren, auf eine „symbolische Präsenz“ von zwei Divisionen.

Die innenpolitische Auseinandersetzung über das amerikanische Vietnam-Engagement hat sich indes noch dadurch verschärft, daß eine Vielzahl schwerer interner Probleme im Sog des Vietnam-Krieges offenkundig geworden waren. Die inflationäre Entwicklung des Dollars ist nicht mehr zu übersehen. Die Lebenshaltungskosten steigen im Vergleich zu 1967 um 4 Prozent und mehr an. Infolge der hinhaltenden Taktik des zuständigen Fachausschusses des amerikanischen Repräsentantenhaus wurde die dringend notwendige zehnpromzentige Steuervorlage Präsident Johnsons vom Sommer letzten Jahres viel zu spät verabschiedet. Das zwang die amerikanische Bundesbank, zum dritten Mal innerhalb von fünf Monaten den Diskontsatz zu erhöhen, dieses Mal von 5 auf 5,5 Prozent. Daher wird das Geld knapper und teurer, was sich vor allem bei den kleinen Unternehmen und bei den Privaten (Bauvorhaben) bemerkbar macht. Nach den warnenden Worten des Präsidenten der amerikanischen Bundesbank, *William McChesney Martin*, droht den USA die „schwerste Finanzkrise seit 1931“. Denn die Hauptübel der wirt-

schaftlichen Misere sind vorderhand ungelöst: das Haushaltsdefizit ist für das laufende Fiskaljahr, das am 30. Juni endet, auf 24 Milliarden Dollar angewachsen (im Vergleich zu 19 Milliarden, die die Administration dank der Abschöpfung durch die Steuererhöhung erwartet hatte), und die chronische defizitäre Zahlungsbilanz hat sich noch weiter verschlechtert. Der Importsog hält unvermindert an, und die Exporte nehmen ab. Für März lagen die entsprechenden Zahlen bei 0,4 Prozent für die Importzuwachsrate und bei 11,5 Prozent (bezogen jeweils auf den Vormonat) für den Rückgang der Exporte. Mehr und mehr macht sich auch eine Renaissance protektionistischer Bestrebungen im Kongreß bemerkbar. Vielfach spricht man sogar von einer prozentualen Aufteilung aller binnenländischen Märkte, nachdem eine Textilimportkontingentierung im Senat bereits lebhaft Zustimmung geerntet hat.

Der Druck auf den Dollar hat zugenommen. Allein für März 1968 belief sich der Goldabfluß auf 1,197 Milliarden Dollar. Es nützt wenig, daß der Kongreß die Goldsenkung des umlaufenden Dollars in Höhe von 25 Prozent aufgehoben hat; die Bestände sind inzwischen auf 10,5 Milliarden Dollar geschwunden. Und trotz der Spaltung des Goldmarktes besteht die unverhohlene Befürchtung, die westliche Welt werde infolge eines wachsenden Vertrauensschwundes eines Tages die 33 Milliarden Dollar in Gold konvertieren wollen, wenn, ja wenn an der Heimatfront des Dollars nicht endlich etwas Entscheidendes geschieht. Denn daß die Sonderziehungsrechte auf den Internationalen Währungsfonds ohne weiteres ein gangbarer Ausweg zur Schaffung zusätzlicher monetärer Liquidität sind, wird ernstlich nirgends behauptet.

*

Der schwierigste Problembereich im Schlepptau des Vietnam-Konfliktes ist ohne Zweifel das Rassenproblem. „Zu wenig“ und „zu spät“ — das sind die charakteristischen Worte, mit denen die meisten Kritiker die jetzt mit elementarer Gewalt aufbrechenden Rassenprobleme bezeichnen. Die Unruhen von Newark und Detroit stehen stellvertretend für die 164 Krawalle des letzten Jahres. Und in diesem Jahr, nach dem Mord an *Dr. Martin Luther King*, entluden sich diese sozialen Spannungen vor allem in Washington, Baltimore und Chicago — und vieles ist noch zu erwarten. Daran läßt der amtliche Report der Kommission zur Untersuchung der letztjährigen Unruhen (*Kerner-Report*), der am 1. März veröffentlicht wurde, keinen Zweifel. Die Schlußfolgerungen dieses Berichts lesen sich unheilverheißend. Man muß befürchten, daß der Weg von der Gewaltlosigkeit zur Militanz, von der „*civil disobedience*“ zur Anarchie führen kann. Denn es scheint niemand da zu sein, der den Farbigen Zuversicht und Geduld glaubhaft versprechen kann, nachdem King ermordet worden ist. *Stoekely Carmichael* freilich ist da, der ehemalige Vorsitzende des „*Student Non-Violent Coordinating Committee*“. Er aber ruft die Schwarzen des Landes auf, sich selbst zu bewaffnen, da das Weiße Amerika „unseren Bruder“ *Dr. King* ermordet hat, und er beschimpft die Weißen in rüder Manier — er nennt sie „*honkies*“, kein Mensch weiß, worher dieses Wort stammt — und predigt den „Guerilla-Krieg in den amerikanischen Städten“. Niemand scheint da zu sein, dem die Masse der enttäuschten Schwarzen sonst folgen könnte. *Ralph D. Abernathy*, der Nachfolger *Kings* in der Führung der „*Southern Christian Leadership Conference*“, hat selbst bereits erklärt, den Weg der Gewalt nicht für alle Zeiten meiden zu können. Man wird abwarten müssen, was letztlich aus dem „Marsch der Armen“ nach Washington geworden sein wird. Auch *Floyd McKissick*, der Leiter des „*Congress for Racial Equality*“, hat den Schritt zur Militanz bereits zu einem guten Teil getan. *Whitney Young*, der Vorsitzende der „*Urban League*“, die sich vornehmlich den wirtschaftlich-sozialen Problemen der Schwarzen widmet, ist wohl der einzige, der noch hofft — und wartet. *Roy Wilkins* dagegen ist schon alt; seine Organisation der „*National Association for the Advancement of Colored People*“ ist allerdings noch die zahlenmäßig größte Bewegung. Sie gehört eigentlich schon zum „*Establishment*“. Jedoch fehlt ihr wie allen anderen Bürgerrechtsorganisationen die Jugend, die jetzt anstelle des religiösen Pathos der Vätergeneration mehr und mehr anarchistisch-militante Parolen setzt. Für sie ist die Hoffnungslosigkeit ihres sozialen Elends keine unabwendbare Fügung

Was kommt nach Johnson?

Gottes mehr, sondern der Grund, eine Besserung zu fordern und notfalls auf eigene Faust zu versuchen — und sei es um den Preis von Raub, Plünderung, Brandschatzung und Mord: für einen Kühlschrank, Fernsehapparat oder modische Kleider.

Ohne Frage: das Amerika des Jahres 1968 zeigt düstere Züge. Aber man vereinfacht die zentralen Probleme dieses Landes in unzulässiger Weise, wenn man dafür allein die Politik Präsident Johnsons verantwortlich macht. Das Land befindet sich vielmehr in einer Periode des Übergangs, der schmerzhaften Mutation, für die man in einigen Fällen durchaus das Wort Revolution einsetzen könnte, ohne letzte Sicherheit, wohin sein Weg in den siebziger Jahren führen wird — innen- und außenpolitisch.

Dieses Wahljahr war überreich an Überraschungen: Zunächst die kommunistische Tet-Offensive in Südvietnam, der Verzicht Präsident Johnsons auf eine zweite Amtsperiode, die Ermordung des Negerführers Dr. Martin L. King, der Beginn der Pariser Vietnamverhandlungen und am 5. Juni das grauenhafte Attentat auf den demokratischen Senator Robert F. Kennedy. Davon abgesehen bot es wie immer das verwirrende Bild buntscheckiger Vielfalt, das hauptsächlich durch die Institution der Vorwahlen, der sogenannten „*primaries*“, hervorgebracht wird. Man hat diese Vorwahlen in der „Reformzeit“ um die Jahrhundertwende eingeführt, um den Nominierungsprozeß aus der Verfügungsgewalt der Parteigewaltigen herauszunehmen und ihn transparenter zu gestalten. Seither finden, beginnend im März des Wahljahres, in 15 Staaten Vorwahlen statt; traditionsgemäß macht dabei New Hampshire den Anfang. In der Regel wird die Vorwahl nach Parteien getrennt abgehalten, zu der jeder kandidieren kann, der sich bis zu einem bestimmten Termin angemeldet hat. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, daß der Wähler einfach den Namen eines nicht offiziellen Kandidaten auf dem Wahlzettel vermerkt („*write-in*“). Das Ergebnis der Vorwahlen ist in jedem Fall unverbindlich; es ist nur eine Empfehlung an den Parteikonvent, praktisch nicht sehr viel mehr als ein „politischer Popularitätstest“.

Das freilich bringt einen erheblichen Unsicherheitsfaktor in die Kalkulation der Kandidaten hinein. Er wird dadurch noch vergrößert, daß die Möglichkeit einer „*favorite son*“-Kandidatur besteht. Als „Lieblingssohn“ tritt in der Regel der Gouverneur des Staates, ein Senator oder ein Repräsentant auf, um im Falle eines Sieges die auf ihn entfallenden Delegiertenstimmen bei den ersten Abstimmungen auf dem Parteikonvent zunächst einmal auf sich zu binden, um sie erst später dem einen oder anderen Kandidaten zuzuschancen, meistens gegen handfeste Wahlzusagen.

*

Senator *Eugene McCarthy* aus Minnesota war ohne Zweifel die Überraschung des ersten Teils der Vorwahlsaison. Lange Zeit hatte man seine Kampagne überhaupt nicht beachtet. Scherzhaft und ein wenig despektierlich hatte man sie als „Kinderkreuzzug“ charakterisiert, weil es ihm gelungen war, wegen fehlender finanzieller Mittel aus freiwilligen Helfern, Studenten und Hausfrauen eine respektable Wahlkampforganisation aufzubauen. Ja, Senator McCarthy hatte es wider Erwarten sogar fertiggebracht, große Teile der studentischen Jugend, die dem *Establishment* schon weitgehend entfremdet waren, für sich zu gewinnen, und auch die Hippies entdeckten in ihm unter dem Motto „*neat and clean for Gene*“ einen Kandidaten, der sie überzeugte. Hatte man anfangs noch geglaubt, der demokratische Senator kenne nur ein Thema, nämlich Vietnam, so zeigte sich sehr bald nach Beginn der Pariser Vietnamgespräche, daß er durchaus in der Lage war, die breite Skala wahlkampfträchtiger Themen anzuschlagen. Ohne Zweifel: sein Programm ist „*anti-establishmentarian*“, obwohl es auffallend viele konservative Züge aufweist. So hat sich in den Vorwahlen gezeigt, daß McCarthy vor allem bei den Weißen des Mittelstandes, bei den gehobenen Schichten und bei weiten Teilen der Intelligenz und der Jugend Anklang fand. Weder bei den ethnischen Minoritätengruppen, den Armen und den Schwarzen, noch bei den niederen Einkommensschichten hat indes McCarthy Erfolge zu verzeichnen gehabt. Diese Tatsache erklärt seine Niederlagen gegen Senator Robert

F. Kennedy in Indiana, Nebraska und Kalifornien, ist aber in gleicher Weise für seinen überraschenden Triumph in Oregon entscheidend gewesen. Die Wähler überzeugt vor allem die persönliche Integrität dieses Mannes, sein gediegenes Vater-Image wirkt bei vielen attraktiv, die darüber hinaus seinen Mut, aber auch seinen Humor und die Schärfe seiner Argumente schätzen.

Senator *Robert F. Kennedy* hatte sich erst nach dem Achtungserfolg Senator *McCarthys* in New Hampshire entschlossen, doch noch Präsident *Johnson* persönlich herauszufordern. Man hat ihm dies als Opportunismus angekreidet: er scheue sich nicht, den Zug zu besteigen, den *McCarthy* in Bewegung gesetzt habe, ohne selbst den Mut gehabt zu haben, als erster gerade gegen den Präsidenten offen aufzubegehren. Freilich sollte man auch bedenken, daß *Kennedy* gerade in diesem Punkte einiges Verantwortungsgefühl gegenüber der demokratischen Partei bewiesen hat; denn er hat erst dann die weite Unzufriedenheit und das allenthalben spürbare Unbehagen an der Politik der Administration zum Zielpunkt seiner Politik gemacht, als die demokratische Partei im Grunde genommen schon von *McCarthy* gespalten war.

*

Das tödliche Attentat auf *Robert Francis Kennedy* hat eine tiefe Zäsur in der amerikanischen Politik hinterlassen. Der Wahlkampf nach dem 6. Juni war nicht mehr der gleiche wie zuvor: Es fehlte der Impetus und das breite Spektrum alternativer Wahlprogramme, das *Robert F. Kennedy* auf seine Weise profiliert hatte. Der Senator aus New York stand auf dem liberalen Flügel seiner Partei. Er war aber der einzige Politiker, den die Masse der Armen, der Neger und aller anderen Minoritätengruppen als ihren geborenen Führer bereitwillig anerkannten. Sie empfanden ihn als ihren Anwalt — der glauben machen konnte, daß das persönliche Schicksal eines jeden von ihnen ihn unmittelbar betraf. *Mutatis mutandis* gilt dies auch für seine Vietnampolitik. Aber es ist in der amerikanischen Politik beinahe fatal, die breite Schicht zumeist konservativ wählender Weißer von einer doch recht extremen Position aus ansprechen und gewinnen zu wollen. Das hatte *Kennedy* auch schnell erfahren. Er wußte nach der Niederlage von Oregon gegen *McCarthy*, daß sein ungestüm-radikales *Image* nicht seinem jugendlichen Dynamismus zugute geschrieben wurde. Es irritierte viele Wähler. Von ihm ging eine Ausstrahlungskraft aus, die aufgrund seiner politischen Begabung das Irrationale mehr als den Verstand ansprach und entweder leidenschaftliche, fast ans Mythische grenzende Liebe oder abgrundtiefen Haß erzeugte. Neutral konnte man ihm kaum begegnen. Daher hatten Senator *Kennedy* und sein Mitarbeiterstab in den letzten Wochen der Vorwahlsaison versucht, dem *Kennedyschen* Image mehr konservative Züge zu verleihen. Seine Reden klangen oft so, als rede *Nixon* oder gar der konservative *Reagan*, der republikanische Gouverneur von Kalifornien. Immer und immer wieder hatte *Kennedy* betont, dies oder jenes in Amerika sei „unerträglich“, man könne den vielfältigen Verfallserscheinungen nicht weiter tatenlos zusehen, man müsse ändern: die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, die Tendenzen zur Radikalisierung umkehren und der Gewalt als Mittel der Politik bedingungslos absagen — denn: „Amerika kann es besser“.

Ob Senator *Kennedy* es im August auf dem Parteikonvent in Chicago trotz aller Anstrengungen geschafft hätte, von den Demokraten nominiert zu werden, wird nun ewig unbeantwortet bleiben. Er hatte unter einem „Anti-Kennedy-Syndrom“ zu leiden. Bei den Gewerkschaften war er aufgrund seiner früheren Tätigkeit in einem Untersuchungsausschuß des Kongresses gehaßt, und auch die Geschäftswelt und der Süden des Landes waren ihm nicht sehr zugetan. Dies spiegelte sich naturgemäß in den Überlegungen der Parteigewaltigen wider, die Senator *Kennedy* nur nach überwältigenden Erfolgen in den Vorwahlen und bei den Meinungsumfragen nominiert hätten. Aber das furchtbare Schicksal hat es nicht zur Entscheidung kommen lassen. Festhalten muß man jedoch, daß *Robert Kennedy* auf seine Weise weite Teile der unabhängigen und der liberalen Wählerschaft gebunden hätte, die jetzt freigesetzt sind — entweder werden sie in Zukunft abseits stehen oder sich radikalieren. Die Ideen *Kennedys*

werden gewiß fortwirken ähnlich wie die seines vor ihm ermordeten Bruders *John F. Kennedy*. Aber vorläufig sieht man niemanden, der sich als Testamentsvollstrecker bewähren könnte. Senator McCarthy ist ohne Zweifel Robert Kennedy in seiner Ideologie nahe verwandt, aber er ist trotz allem nicht der „*mover*“, der die Massen hinter sich bringen könnte.

Nelson Rockefeller, der republikanische Gouverneur aus New York, könnte es vielleicht schaffen. Nach den Meinungsumfragen findet er hauptsächlich bei den Unabhängigen und den liberalen Demokraten Zulauf. Er verkörpert den Typ des modernen Politikers, des Managers, wie ihn die großen nordamerikanischen Städte mit ihrer Flut von zentnerschweren Problemen heute dringend brauchen. Er ist der Repräsentant eines neuen, eines pragmatischen, gleichwohl zukunftsgerichteten konservativen Republikanismus. Aber längst nicht alle Parteibosse der „*Grand Old Party*“ denken in diesen ideologie-entleerten Kriterien. Im Mittleren Westen, in den Gebirgsstaaten und vor allem im Süden des Landes hat sich der alte konservative Republikanismus gehalten. Und auch Spuren des *Goldwaterianismus* sind hier und dort noch anzutreffen, die jetzt größtenteils ihren Sprecher in *Ronald Reagan*, dem Gouverneur von Kalifornien gefunden haben. Sein Stern ist nicht nur am Filmhimmel von Hollywood aufgegangen, sondern begann auch in der Politik zu leuchten. Als Mann des zweiten Gliedes wird er in Miami Beach, auf dem Parteikonvent der Republikaner, mit der Unterstützung der starken kalifornischen Delegation, die ihm verschrieben ist, ein sehr gewichtiges Wort mitreden. Oft schon hieß es, Reagan werde als Vizekandidat neben Nelson Rockefeller nominiert werden. Das wäre ideologisch gesehen die ideale Kombination: rechtsstehender Republikanismus und liberaler Pragmatismus. Aber Reagan empfand diese Rolle bislang als nicht adäquat, als nicht sicher genug.

Ihn und viele Beobachter störte die schlechte Wahlkampfführung Nelson Rockefellers. Gewiß, Rockefeller steckte in einem Dilemma. 1964 hatten ihn Rechtsextremisten auf dem Parteikonvent niedergebrüllt und gedemütigt. Ihm haftete der Makel an, die republikanische Partei, der Einheit bislang über alles ging, gespalten zu haben, da er sich geweigert hatte, *Goldwater* zu unterstützen. Nach dem Debakel der *Romney*-Kandidatur hatte aber Rockefeller allzu lange gezögert und gezaudert („Ich bin kein Kandidat“ — „Ich halte mich verfügbar“ — „Ich kandidiere doch“). Diese Unentschlossenheit und dieses Lavieren hat ihn sehr viele Sympathien und wertvolle Unterstützung gekostet. Es müßte schon ein Wunder geschehen, könnte Nelson Rockefeller den Siegeszug Richard Nixons noch aufhalten.

*

Der frühere Vizepräsident der Eisenhower-Administration *Richard Nixon* hat in den verschiedenen Vorwahlen einen Sieg nach dem anderen an seine Fahnen geheftet, und in keinem Fall blieb er unter 50 Prozent — ein Ziel, das Rockefeller sich gesetzt hatte. Er war inzwischen zum strahlenden Sieger der Vorwahlen geworden. Andere Vorurteile blieben auf der Strecke: Daß Nixon im Grunde ein „Sektierer“ sei, der es außerdem mit den Presseleuten nicht verstehe und der auf dem Fernsehschirm nicht eben attraktiv wirke. Die Vorwahlsaison hat bewiesen, daß ein „neuer“ Nixon sich um die Präsidentschaft bewirbt; ein Nixon, der dieses Mal noch mehr Chancen hat als der Nixon des Jahres 1960.

Wird Nixon den voraussichtlichen demokratischen Kandidaten *Hubert Humphrey* schlagen können? Auf diese Frage spitzt sich der amerikanische Wahlkampf nach dem Ende der Vorwahlen und nach dem tragischen Attentat auf Robert Kennedy immer mehr zu. Humphrey hatte es verstanden, sich als „Kandidaten der Einheit“ zu profilieren. Ein sehr einflußreiches Komitee unter dem Ehrenvorsitz von Ex-Präsident *Harry S. Truman*, das von den jungen Senatoren *Mondale* und *Harris* geleitet wird, hat sich für Humphrey engagiert. Unterstützung fand der Vizepräsident auch bei der einflußreichen Gesamtgewerkschaft (AFL-CIO) unter *George Meany*, deren CIO-Flügel unter dem Boß der Automobilarbeitergewerkschaft *Walter Reuther* sich allerdings für Kennedy erwärmt hatte. Erstaunlich war auch, daß Humphrey bei den Süddemokraten willkommen war — vor einigen Jahren galt der liberale Humphrey

dort noch als nicht hoffähig. Die 393,5 Stimmen, die aufgrund der Vorwahlergebnisse auf Senator Kennedy entfallen waren, werden sicherlich zu einem Gutteil Humphrey zugeführt werden, einige davon schon bald, andere erst dann, wenn die Stimmbindung aufgehoben, ist die in verschiedenen Staatsgesetzen vorgesehen ist.

Als dritter Kandidat hat *George Wallace*, der Ex-Gouverneur des Staates Alabama, seine Ambitionen angemeldet. Unter dem Banner der „Unabhängigen Amerikaner“ wird er ohne Zweifel der Kandidat sein, dessen Kampagne man mit mehr Aufmerksamkeit und Interesse verfolgen müssen als die aller anderen „dritten Kandidaten“ zuvor. Sein wesentlichster Programmpunkt ist die Durchführung einer strikten Rassentrennung (*„Segregation today, segregation tomorrow, segregation forever“*). Er appelliert an die Ressentiments des kleinen Mannes, rühmt seine eigene proletarische Herkunft und verachtet die Intellektuellen. Den sozialen Belangen der Neger steht er ebenso fremd und unwillig gegenüber wie den teils berechtigten Forderungen der akademischen Jugend („Ich würde geradewegs über einen Demonstranten hinwegfahren, der sich vor meinen Wagen legt“). Nach der letzten Umfrage des Gallup-Instituts würde Wallace als Präsidentschaftskandidat 47 Wahlmännerstimmen erhalten — und man kann unbesehen hinzusetzen: es dürften noch einige mehr sein, wenn es wieder einen sehr heißen Sommer geben sollte und George Wallace es versteht, sich die Äußerungen des weißen Unmuts, den *„backlash“*, zunutze zu machen. In solchem Falle aber bestände die Gefahr, daß keiner der beiden anderen Kandidaten über die erforderliche Anzahl von 247 Wahlmännerstimmen verfügt und so die Wahl des Präsidenten im Repräsentantenhaus durchgeführt werden muß — mit all den vielen unschönen Nebenerscheinungen eines bedenkenlosen Kuhhandels.

Welche Programme versprechen nun die führenden Kandidaten Nixon und Humphrey ihren Wählern? Im Grunde genommen gleichen sich die Standpunkte beider Kandidaten, zwar nicht in allen Einzelheiten, aber doch darin, daß eine konservative Zielsetzung als Grundelement erkennbar wird. Überhaupt, der amerikanische Wahlkampf dürfte sich nach dem *„Labor Day“*, dem ersten Sonntag im September, dem traditionellen Beginn, in diesem Jahr nach dem Mord an Senator Robert Kennedy verstärkt in herkömmlichen Bahnen bewegen, ohne den *„Aufbruch zu neuen Ufern“*.

*

Richard Nixon verkörpert ein geläutertes republikanisches Programm: allenthalben wird die Vorrangstellung des Individuums gegenüber den Ansprüchen der Staatsgewalt betont, bei den Sozialleistungen, beim Kampf gegen die Armut und ebenso bei den verwickelten Problemen der Slums, der großen amerikanischen Städte und bei der Rassenfrage. Allerdings konnte Nixon bisher nicht beweisen, daß er damit die Farbigen auf seine Seite ziehen kann. Seit langem sind sie nämlich von dem *„Gradualismus“* der versprochenen Maßnahmen — und anders ist das Programm Nixons nicht zu bewerten — nicht mehr zu begeistern. Sie fordern vielmehr, daß endlich die Schere zwischen Versprechungen und Erfüllungen geschlossen wird. *„A buck for a black“* — mit dieser Wette versuchen schon seit Monaten die Richard Nixon begleitenden Journalisten Dollars zu verdienen, wenn sie unter der Menge auch nur einen Neger entdecken. Es geschieht sehr selten.

Die Außenpolitik allerdings ist Nixons liebstes Manövriertfeld; dort fühlt er sich zu Hause. Seine bisherigen Stellungnahmen zum Problem Vietnam unterscheiden sich indes kaum von denen Nelson Rockefellers oder von denen der Administration Johnson: es läuft alles auf eine Frage der Akzentsetzung hinaus. Auch Nixon will den Krieg keinesfalls um jeden Preis beenden. Aber er sagt es deutlich, daß es keinen militärischen geben wird für die USA. Die Südvietnamesen müßten größere Kriegslasten übernehmen, die *„Nationale Befreiungsfront“*, die politische Organisation des Vietcong, dürfe jedoch nicht anerkannt werden; es müsse auch so ein Ende gefunden werden, also auf diplomatischem Wege, der es beiden Seiten

erlaubt, „das Gesicht zu wahren“. Obschon Nixon grundsätzlich die amerikanische Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg für richtig hält, ist er doch bestrebt, die einseitige Überbetonung des Vietnam-Engagements zu vermeiden: Amerika dürfe nicht vergessen, daß es auch in Europa Verpflichtungen auf sich genommen habe, daß der Ausgleich mit der Sowjet-Union gefährdet werden und Washington bestrebt sein müsse, die Liberalisierungstendenzen in Osteuropa auszunutzen.

Nixon ist also weiterhin in seiner außenpolitischen Orientierung ein „Internationalist“. Er sieht sehr deutlich die Gefahren eines neuen Isolationismus, der als rücklaufende Pendelbewegung nach den Johnson-Jahren auftreten könnte. Andererseits vermied er es bislang, im einzelnen zu sagen, wie er auf die Bedrohungen in den verschiedensten Teilen der Welt durch kommunistische „Befreiungskriege“ reagieren wird. In diesem Punkt deckt sich seine Auffassung zumindest vorläufig noch mit der von Vizepräsident Humphrey, der auch nur sagte, er könne es nicht für alle Zeiten ausschließen, nicht wieder amerikanische Soldaten ins Ausland schicken zu müssen. Indes, Nixon hat in diesem entscheidenden Punkt den Vorteil, für das Vietnam-Engagement nicht verantwortlich zu sein. Es liegt daher auf der Hand, daß er jede Fehlentwicklung seinem vermutlichen Gegner Humphrey ankreiden wird, vor allem ein etwaiges Scheitern der Pariser Verhandlungen. Das ist in der Tat das große Handicap Humphreys: er hat sich im Dienste Johnsons praktisch zerrissen, hat jede Aufgabe vom Herrn des Weißen Hauses übernommen und kann sich jetzt von dessen Schatten nicht ganz befreien.

*

Humphreys Programm, eine „Politik der Freude und des Glücks“ in seinem Lande betreiben zu wollen, klingt, für europäische Ohren ein wenig naiv. Senator Kennedy hatte unablässig unterstrichen, daß überall im Lande, wo man hinsehe, etwas nicht stimme. Er hatte objektiv damit sicherlich recht. Aber Humphrey trifft den psychologischen Kern des gegenwärtigen amerikanischen Dilemmas besser: Dieses Land ist nach den Morden von Dallas, Memphis und Los Angeles überdrüssig geworden, immer nur von seinen Fehlern zu hören, es sehnt sich nach Ruhe und Ordnung, nach ruhigeren Zeiten. Humphrey wäre demnach ein Mann des Kompromisses, des letztlich konservativen Ausgleichs einer sich selbst mittlerweile entfremdeten Gesellschaft. Bislang erschien er jedoch recht farblos und allzu glanzlos. Aber da Humphrey stets ein glänzender Wahlkämpfer gewesen ist, kann sich dies gewiß noch ändern. Festzuhalten bleibt allerdings, daß Humphrey in jedem Fall die Stimmen der Neger eher erhalten wird als Richard Nixon. Schließlich zählt Humphrey bereits seit 1948 zu den ersten Bürgerrechtskämpfern in Washington — damals allerdings noch auf dem Flügel der Liberalen, inzwischen als Kandidat der Mitte.

Keinem dieser beiden Kandidaten dürfte es allerdings gelingen, die studentische Jugend hinter sich zu bringen und die dem *Establishment* fernstehenden Gruppen der Minoritäten, der Armen und der Schwarzen. Es ist sehr fraglich, ob es Humphrey oder Nixon gelingen wird, den amerikanischen Traum von einer heilen Gesellschaft zu realisieren. Grundsätzliche Antworten auf die mannigfachen Sozialprobleme — auf die wachsende Kriminalität, die Armut, die Gettos und die Slums — müßten gegeben werden. Mit der Bewilligung von Geldern allein ist es nicht getan. Das hat die Johnson-Administration schmerzlich erfahren müssen, die ja mehr Gesetze und Sozialprogramme verwirklicht hat als jede andere Regierung vor ihr. Vielmehr ist es entscheidend eine Frage der Autorität, der Inspiration und des Vertrauens, ob es gelingt, diese Jahrhundertprobleme an der Heimatfront zu bewältigen. Senator Kennedy wäre hierzu vielleicht — teilweise — in der Lage gewesen. Auch Gouverneur Rockefeller wäre wohl der Mann, die Basis schwindenden Vertrauens wieder zu befestigen. Ob es Humphrey oder dem konservativen Nixon gelingt, ist ungewiß. Am Horizont droht daher die Schlußfolgerung der Präsidenten-Kommission zur Untersuchung der Ursachen der Rassenunruhen immer wahrer zu werden: Amerika bewegt sich auf zwei ungleiche und voneinander getrennte Gesellschaften zu — eine weiße und eine schwarze. Und es sollte nicht verwundern, wenn die

nach dem Attentat auf Kennedy eingesetzte Untersuchungskommission bei ihrer Prüfung der Ursachen der Kriminalität und der Gewalt im öffentlichen Leben zu ähnlichen Ergebnissen kommt. Letztlich ist bei der Lösung dieser Probleme jeder Präsident auf die verständige Mitarbeit eines jeden Amerikaners angewiesen — nur die Frage bleibt: Werden die Massen ihm darin folgen?

Mit Sicherheit wird die Innenpolitik daher entscheidenden Einfluß nach der November-Wahl erlangen. Das Land sehnt sich nach der Erfüllung seines Traumes einer heilen Gesellschaft und wird mehr als bisher seine Verwirklichung anstreben. Zwangsläufig wird dies von der künftigen Regierung mehr Aufmerksamkeit und mehr Interesse verlangen, um die verderblichen Auswirkungen der „permissiven Gesellschaft“ zu steuern, die Äußerungen offener Gewalt zurückzudämmen und den radikalisierten Elementen Vernunft zu lehren, wo es fast schon als schimpflich gilt, noch das Vernünftige zu tun. Man kann dies alles freilich als ein Indiz dafür deuten, daß Amerika wieder einem Isolationismus zustrebt, daß das Dogma „*America first*“ wieder Geltung beansprucht. Zutreffender als diese veraltete Formel scheint es indes, wenn man von einem auswärtigen „*overcommitment*“ und von einem internen „*undercommitment*“ spricht, von einer falschen Verteilung der Gewichte, wie sie im Zuge des Vietnam-Krieges immer deutlicher geworden ist. Man dürfte kaum in die Irre gehen, daß es die Sachzwänge sind, die sich auf jeden Präsidenten auswirken werden, gleichgültig, ob er Humphrey, Nixon Rockefeller oder gar wieder Lyndon B. Johnson heißen wird, dessen Verzichtserklärung man allerdings — auch nach dem Attentat an Senator Kennedy — zum Nennwert nehmen muß.

Die Außenpolitik steht wie immer in Amerika in funktionaler Abhängigkeit von der Innenpolitik, als Ausfluß des Systems der „*checks and balances*“, wenn man so will. Das aber bedeutet mit ziemlicher Sicherheit, daß Amerika den Weg neuer Engagements *à la* Vietnam nicht weitergehen wird. Es wird kaum die Rolle eines „*Imperial America*“ spielen, weil diese Rolle dem Land, seiner Geschichte und seiner Tradition nach nicht auf den Leib geschrieben ist. Die auswärtige Politik wird also in Zukunft kein Internationalismus und wahlloser Globalismus mehr sein. Denn die Lehre, wie man in den Vietnamkrieg hineingezogen wurde, ohne Kenntnis und klare Erkenntnis der Gegebenheiten des südostasiatischen Raumes, diese Lehre ist Washington inzwischen in bitterer Erfahrung erteilt worden.

Amerika ist an die „Grenzen seiner Macht“ gestoßen. Aber beides scheint diesem Land in Zukunft nicht erlaubt zu sein: die Funktion des „Weltpolizisten“ weiterhin zu übernehmen oder sich in die „Illusion politischer Abgeschlossenheit“ zu flüchten. Man muß auch bezweifeln, ob die weltpolitische Entwicklung Amerika die Muße und Ruhe gönnen wird, die es zur Lösung seiner internen Jahrhundertprobleme bedarf: Es wird als erste der freien Welt eine Antwort auf die kommunistische Taktik „subversiver Revolution“ geben müssen, obwohl man es psychologisch nicht wahrhaben will. Vorsichtig hat auch Vizepräsident Humphrey dies schon angedeutet, als er davon sprach, Amerika dürfe keine auswärtige Politik treiben, die die Kommunisten als „Einladung zur Revolution und Agression“ auffassen könnten. Daß dieses Land sich nach den bitteren Erfahrungen der letzten Jahre nach Ruhe und Ordnung sehnt, die weltpolitische Verpflichtung dies aber kaum in dem gewünschten Ausmaß zulassen wird, ist das tiefe Dilemma, das zu Beginn des eigentlichen Wahlkampfes zutage tritt.

Das „Ende des Entweder / Oder“, das Präsident Johnson herbeiführen wollte, ist für die Vereinigten Staaten noch in weiter Ferne. Nachdem dieses Land zwanzig Jahre lang die Außenpolitik in den Vordergrund seines Interesses gerückt hat, scheint es müde geworden zu sein: Das Pendel schlägt kräftig auf die Innenpolitik hin aus. Dennoch wird der Kandidat, der im Januar kommenden Jahres ins Weiße Haus einzieht, Prioritäten setzen müssen: zwischen einer selektiven Engagementspolitik und der Lösung der tonnenschweren internen Probleme. Für die Zukunft Amerikas, Europas und der Freien Welt hängt deshalb vom Ausgang der Novemberwahl sehr viel ab.